

# Der Honecker-Besuch in der öffentlichen Meinung

Von Manuela Glaab

## 1. Einleitung: Der lange Weg zum Honecker-Besuch

Vom 7. bis 11. September 1987 besuchte Erich Honecker, SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender der DDR, erstmals offiziell die Bundesrepublik Deutschland. Im Rückblick sprach Bundeskanzler Helmut Kohl vom Honecker-Besuch als der „... wohl wichtigsten innerdeutschen Entscheidung, die ich persönlich zu treffen hatte und die mir so schwergefallen ist, wie keine andere ..., weil sich alles in mir gesträubt hat, das zu tun, was wir aber dann als notwendig befanden ...“.<sup>1</sup>

Die Einladung für einen Besuch in der Bundesrepublik hatte bereits sein Amtsvorgänger Helmut Schmidt ausgesprochen, als er im Dezember 1981 am Werbellinsee in der DDR weilte. Die wiederholt angekündigte Reise wurde in der Folgezeit jedoch mehrfach verschoben. Der für 1984 avisierte Besuch, der unter Federführung des Staatsministers im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, vorbereitet worden war, scheiterte. Am 4. September 1984 übermittelte der Ständige Vertreter der DDR, Ewald Moldt, die Absage mit Verweis auf die innenpolitische Auseinandersetzung um die Besuchspläne in der Bundesrepublik. Einen Vorwand für die Absage hatte der Unionsfraktionsvorsitzende Alfred Dregger mit seiner Bemerkung geliefert: „Unsere Zukunft hängt nicht davon ab, dass Herr Honecker uns die Ehre seines Besuchs erweist.“ Dass letztlich die weltpolitische Lage und die Vorbehalte der Sowjetunion – erinnert sei an die Revanchismusvorwürfe in Anbetracht der geplanten Raketenstationierung in der Bundesrepublik – hierfür ausschlaggebend waren, steht jedoch außer Zweifel. Spekulationen über Besuchspläne füllten in den folgenden Jahren weiterhin die Gazetten.<sup>2</sup>

Deutschlandpolitik war in der Ära Kohl „Chefsache“.<sup>3</sup> „Unter strengster Geheimhaltung“<sup>4</sup> wurden ab Frühsommer 1987 vom Kanzleramt aus auch die

---

1 So Bundeskanzler Kohl am 4.11.1993 vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags; zit. nach: Deutscher Bundestag (Hg.), *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Bd. V.1: *Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen*, Baden-Baden 1995, S. 920.

2 Vgl. Manfred REXIN, *Der Besuch. September 1987: Honecker in der Bundesrepublik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, B 40–41 (1997), S. 3–11.

3 Vgl. Karl Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, München 1998.

4 Claus J. DUISBERG, *Das deutsche Jahr. Einblicke in die Wiedervereinigung 1989/90*, Berlin 2005, Seite 11.

Besuchsvorbereitungen betrieben. Bereits Anfang April hatte Bundeskanzler Kohl dem Besuch in einem Gespräch mit Politbüro-Mitglied Günter Mittag zugestimmt, wenngleich widerstrebend und in der erklärten Absicht, diesen so formlos wie möglich zu gestalten. Am 15. Juli 1987 erfolgte schließlich die Bekanntgabe des Besuchsprogramms durch das Bundeskanzleramt und die DDR-Nachrichtenagentur ADN. Um die protokollarischen Details der als Arbeitsbesuch bezeichneten Visite war hart gerungen worden, doch erhielt sie wesentliche Attribute eines Staatsbesuchs.<sup>5</sup>

Bis in die heutige Zeit hinein liefert der Honecker-Besuch Diskussionsstoff: Wurde damit die Anerkennung des SED-Systems besiegelt? War er der Schlüssel zu menschlichen Erleichterungen? Oder handelte es sich um den Anfang vom Ende der DDR? Ziel ist es im Folgenden nicht, eine zeitgeschichtliche Analyse der Ereignisse vom September 1987 zu liefern. Weder die Vorgeschichte, noch der Besuchsverlauf oder seine Folgewirkungen können hier detailliert untersucht werden. Vielmehr soll der Versuch unternommen werden, die öffentliche Meinung zu diesem Ereignis anhand der Presseberichterstattung wie auch von Meinungsumfragen nachzuvollziehen. Da der Fokus sich auf die Ära Kohl richtet – aber auch aufgrund der Datenlage –, konzentriert sich der Beitrag in erster Linie auf die Wahrnehmung des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland. In Ausschnitten wird jedoch auch auf das Meinungsbild in der DDR eingegangen, um den empirischen Befund hierdurch genauer zu konturieren.

## 2. Die Resonanz des Besuchs: Medienereignis mit gemischten Gefühlen

Der fünftägige Besuch des SED-Generalsekretärs und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in Bonn und weiteren Stationen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und in Bayern wurde im In- wie Ausland intensiv verfolgt. Bemerkenswert ist die Übertragung im DDR-Fernsehen sowie der ungekürzte Abdruck der Reden im „Neuen Deutschland“ und anderen Tageszeitungen der DDR.<sup>6</sup> Dabei ist eines wichtig hervorzuheben: Der Besuch stellte „für beide Seiten eine Gratwanderung“<sup>7</sup> dar, bestanden doch weiterhin

5 Bei der Eröffnung der Gespräche mit der DDR-Delegation am 7.9.1987 bezeichnete Bundeskanzler Kohl die Begegnung noch einmal ausdrücklich als „Arbeitsbesuch“; tatsächlich erfolgt ein Staatsbesuch auf Einladung des Bundespräsidenten, wohingegen Honecker auf Einladung des Bundeskanzlers mit protokollarischen Ehren eines Staatsoberhauptes in Bonn empfangen wurde; vgl. Ilse SPITTMANN, *Der Besuch*, in: Deutschland Archiv 30 (1987), S. 785–788, hier 786.

6 Sogar die Meldungen der Ehrenformationen an den Gast wurden im „Neuen Deutschland“ im Wortlaut abgedruckt: „Die SED kostete alle Zeichen staatlicher Anerkennung aus“, Siegfried SUCKUT, *Honeckers Besuch in der Bundesrepublik 1987. Wie die DDR-Bevölkerung darüber dachte. Erkenntnisse des MfS*, in: Deutschland Archiv 40 (2007), S. 855–858, hier 857.

7 DUISBERG (wie Anm. 4), S. 17.

grundlegende rechtliche wie politische Auffassungsunterschiede bezüglich der deutschen Frage. Ausgangspunkt der Betrachtungen ist daher zunächst die von offizieller Seite, also der Bundesregierung wie auch der SED-Führung, artikulierte Sichtweise des deutschlandpolitischen Großereignisses.<sup>8</sup>

### 2.1 Konträre offizielle Deutungsmuster: „Konzentration auf das Machbare“ versus „Normalisierung“

Der Honecker-Besuch war auch und vor allem geprägt vom Bemühen beider Seiten, ihre eigene Deutung des Ereignisses zu vermitteln. Ging es im Vorfeld der Reise darum, den deutschlandpolitischen Erwartungshorizont zu markieren, so bemühten sich beide Seiten während des Besuchs darum, den „richtigen Ton“<sup>9</sup> zwischen Abgrenzung und Kooperation zu treffen, um schließlich die je eigene Erfolgsbilanz zu präsentieren.

Kennzeichnend ist zunächst das aktive Erwartungsmanagement seitens der Bundesregierung im Vorfeld des Honecker-Besuchs, wozu bereits die Pressekonferenz des Kanzleramtsministers vom 15. Juli 1987 genutzt wurde. Unter Verweis auf die „vielfältigen Empfindungen“ erklärte Schäuble, es müsse „sehr behutsam“ mit diesem Ereignis umgegangen werden.<sup>10</sup> Diese Äußerung war nicht zuletzt an Kritiker in den Reihen der CDU/CSU gerichtet, warf der Besuch doch komplizierte statusrechtliche Fragen auf. Daher unterstrich die Bundesregierung, es handele sich um einen „offiziellen Besuch“, der den Sondercharakter der innerdeutschen Beziehungen unberührt lasse; die Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, werde an allen Gesprächen beteiligt sein.<sup>11</sup> Der Zeitpunkt für eine Begegnung erscheine jetzt besonders geeignet, da es in jüngster Zeit erkennbare Fortschritte im innerdeutschen Verhältnis gegeben habe, vor allem im Bereich des Reiseverkehrs. Die – in den Folgemonaten wiederholt erneuerte – Hauptbotschaft Schäubles aber lautete, der bevorstehende Besuch dürfe „nicht mit Erwartungen überfrachtet“ werden.

---

8 Grundlegend vgl. KORTE (wie Anm. 3), S. 324–375.

9 Vgl. z.B. Martin E. SÜSKIND, „Auftritte voll versteckter Dramatik. Das deutsch-deutsche Gespräch wird bei allen Gegensätzen vom Bemühen beider Seiten geprägt, den richtigen Ton zu treffen“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 9.9.1987.

10 Vgl. u. a. Helmut LÖLHÖFFEL und Karl-Heinz BAUM, „Behutsam heißt das Schlüsselwort der Reiseveranstalter. Honeckers Besuch in der Bundesrepublik wurde sorgfältig eingefädelt. DDR-Bürger hoffen auf Erleichterungen“, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 17.7.1987

11 Vgl. die Erklärung des Chefs des Bundeskanzleramts, Dr. Wolfgang Schäuble, vor der Bundespressekonferenz in Bonn am 16.7.1987, in Auszügen abgedruckt in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), *Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation zum Arbeitsbesuch des Generalsekretärs der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland im September 1987*, Bonn 1988, S. 11–12, hier 11.

Konkret in Aussicht stehe die Unterzeichnung von drei bilateralen Abkommen, nämlich ein Umweltabkommen, ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie eine Vereinbarung zur Kerntechnik.<sup>12</sup>

Noch weitaus zurückhaltender fielen öffentliche Äußerungen DDR-Offizieller im Vorfeld des Honecker-Besuchs aus. Einzig DDR-Außenminister Oskar Fischer äußerte sich gegenüber ADN und formulierte die Erwartung, eine „weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wäre ein wesentlicher Beitrag zu einem verstärkten friedensdienlichen Miteinander in Europa“.<sup>13</sup> Eher skeptisch fiel allerdings die intern vom Ministerium für Staatssicherheit formulierte Einschätzung des Honecker-Besuchs aus.<sup>14</sup> Schon vor Antritt der Reise hielten die MfS-Berichte zwar die offizielle Lesart fest, indem sie den Empfang Honeckers mit allen protokollarischen Ehren und die hiermit gezeigte Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten hervorhoben. Auffallend ist andererseits aber der wiederholte Verweis auf Vorbehalte der „progressiven Kräfte“ gegen die bevorstehende Reise. Gemeint sind SED-Mitglieder sowie Angehörige des MfS, die den Besuch aus politisch-strategischen Gründen für verfrüht hielten. So bestand beispielsweise die Befürchtung, es werde der westlichen These von der Einheit Deutschlands propagandistisch Vorschub geleistet. Bedenken wurden zudem, wie im Folgenden noch zu erläutern sein wird, bezüglich der zu erwartenden Resonanz in der DDR-Bevölkerung formuliert.

Auch in der Bundesrepublik waren noch im unmittelbaren Vorfeld des Besuchs kritische Stimmen zu vernehmen. Bundesminister Norbert Blüm betonte unter Verweis auf die Menschenrechtsverletzungen des SED-Regimes in einem Interview vom 7. September 1987, die Bundesrepublik habe „die Stellvertreter-Pflicht, dieses Unrecht offen anzusprechen“. Der Honecker-Besuch dürfe nicht „die Abnormalität der Trennung vergessen machen“, vielmehr sei der „vielbenutzte Begriff der Normalisierung ... so lange unangebracht, solange die Mauer existiert“.<sup>15</sup> Dass ein Regierungsmitglied dies annahmte, sollte nicht zuletzt ein Signal der Standfestigkeit an die eigene Partei und Anhängerschaft senden.<sup>16</sup>

12 Vgl. „Bundesregierung: Den Besuch Honeckers nicht mit Erwartungen überfrachten“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 17.7.1987.

13 Albrecht HINZE, „DDR hofft auf bessere Wirtschaftskontakte“, EBD. vom 5.9.1987; Fischer bezog sich in diesem Zusammenhang auch auf die von Kohl und Honecker am 12.3.1985 in Moskau abgegebene Gemeinsame Erklärung, mit der die DDR seither ihren Anerkennungsanspruch untermauerte; weiterführend vgl. KORTE (wie Anm. 3), S. 348.

14 Laut Verteiler wurden diese Berichte Honecker vermutlich nicht persönlich vorgelegt; vgl. SUCKUT (wie Anm. 6) mit einer Zusammenfassung der Berichtstätigkeit des MfS.

15 Interview mit Norbert Blüm, in: „Die Welt“ vom 7.9.1987.

16 Blüm selbst war unter Druck geraten, weil er Menschenrechtsverletzungen des Pinochet-Regimes auf seiner Chile-Reise angeprangert hatte und so auch zum SED-Unrecht Stellung nehmen musste.

Der Besuch selbst war geprägt vom Bemühen beider Seiten, guten Willen zu demonstrieren.<sup>17</sup> Der Bundeskanzler erklärte schon bei der ersten Unterredung mit Honecker, es bestehe Einigkeit, „dass Fragen, die zur Zeit nicht lösbar sind, nicht in den Vordergrund gestellt werden sollten, dass wir uns auf das Machbare konzentrieren müssen“.<sup>18</sup> Für die Bundesregierung stünden die Bemühungen um mehr menschliche Kontakte im Vordergrund. Von Beginn an versäumte es Kohl aber nicht zu betonen, dass die Bundesregierung an der Einheit der Nation, mithin den gegensätzlichen Auffassungen zu Grundsatzfragen festhalte. Auch Honecker signalisierte Bereitschaft zur Zusammenarbeit, hob dabei aber die Normalität der Beziehungen hervor. So bekräftigte er beim Empfang durch den Bundespräsidenten die Position der DDR: „Dauerhafte gute Nachbarschaft verlangt, die Realitäten zu akzeptieren ... Friedliche Koexistenz muss überall zur Normalität in den zwischenstaatlichen Beziehungen werden.“<sup>19</sup> Insgesamt rückte die DDR-Seite den Besuch primär in den Kontext der Friedens- und Abrüstungspolitik.<sup>20</sup>

Offen zutage trat der fundamentale Dissens in der deutschen Frage beim Empfang in der Godesberger Redoute. Bundeskanzler Kohl nutzte seine Tischrede, um noch einmal klarzustellen: „Für die Bundesregierung wiederhole ich: Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition ... Wir achten die bestehenden Grenzen, doch die Teilung wollen wir überwinden auf dem Weg friedlicher Verständigung und in Freiheit. Die deutsche Frage bleibt offen, doch ihre Lösung steht zur Zeit nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte, und wir werden dazu auch das Einverständnis unserer Nachbarn brauchen.“<sup>21</sup> Auf den Schießbefehl ging Kohl ein mit den Worten: „Wir wollen Frieden in Deutschland und dazu gehört auch, dass an der Grenze Waffen auf Dauer zum Schweigen gebracht werden... Die Menschen in Deutschland... leiden an einer Mauer, die ihnen buchstäblich im Wege steht und die sie abstößt.“<sup>22</sup> Honecker entgegnete in seiner Replik, die wiederum auf die entspan-

---

17 Vgl. „Kohl und Honecker zeigen gleich am ersten Besuchstag viel guten Willen vor“, in: FAZ vom 8.9.1987.

18 Erklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur Eröffnung der Gespräche mit Generalsekretär Honecker bei der ersten Delegationssitzung am 7.9.1987, abgedruckt in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (wie Anm. 11), S. 17–20, hier 18.

19 Zit. nach „Kohl und Honecker zeigen gleich am ersten Besuchstag viel guten Willen vor“, in: FAZ vom 8.9.1987.

20 Siehe dazu auch das am 28.8.1987 veröffentlichte und in der Bundesrepublik höchst umstrittene SED-SPD-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“; vgl. Rolf REISSIG, *Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED*, Frankfurt/M. 2002.

21 Ansprache des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl bei einem Abendessen zu Ehren von Generalsekretär Erich Honecker am 7.9.1987 in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg, abgedruckt in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (wie Anm. 11), S. 26–31, hier 27.

22 EBD. S. 29.

nungspolitische Bedeutung der Begegnung abhob, die DDR wolle Kooperation anstelle von Konfrontation. Die Entwicklung der Beziehungen sei aber „von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet. Und sie bedeuten, dass Sozialismus und Kapitalismus sich ebenso wenig mischen könnten wie Feuer und Wasser.“<sup>23</sup>

Hatten die beiden Reden ganz erhebliche Gegensätze hervortreten lassen, so war im Gemeinsamen Kommuniké hiervon nur zwischen den Zeilen zu lesen. Als klassisches „Kompromisspapier“<sup>24</sup> hielt es lediglich Ergebnisse und Einordnung des Besuchs mit den in detail vereinbarten Sprachregelungen fest. Unterschiedlich handhabten beide Seiten wiederum die Vermittlung der Besuchsbilanz. Bundeskanzler Kohl verzichtete – aus innenpolitischen Motiven<sup>25</sup> – auf eine Regierungserklärung und zog stattdessen im Rahmen der Haushaltsdebatte eine erste positive Bilanz des Honecker-Besuchs. Neben den erreichten praktischen Fortschritten betonte er, das Bewusstsein für die Einheit der Nation sei hierdurch geschärft worden.<sup>26</sup> Im Rahmen seines Berichts zur Lage der Nation vom Oktober 1987 würdigte er diesen noch einmal ausführlicher und ordnete das Ereignis in die Deutschlandpolitik seiner Regierung ein.<sup>27</sup> Kanzleramtsminister Schäuble bekräftigte in einem Interview, eine Beseitigung der Teilung sei realistischlicherweise nicht erwartbar gewesen, aber im Rahmen des Möglichen „sind wir am oberen Rand der Erwartungen angekommen“.<sup>28</sup>

Die SED-Führung wertete den Honecker-Besuch ihrerseits als bedeutenden politischen Erfolg. Dementsprechend fiel auch der Tenor der am 16. September 1987 im „Neuen Deutschland“ verkündeten Erfolgsbilanz aus. Unter der Überschrift „Ein Erfolg der Politik der Vernunft und des Realismus“ wurde der Honecker-Besuch als Ereignis von „herausragendem internationalen Ge-

23 Erwiderung des Generalsekretärs des Zentralkomitees und Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Erich Honecker, abgedruckt in Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (wie Anm. 11), S. 32–35, hier S. 32.

24 Karl Wilhelm FRICKE, *Der Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Europa-Archiv 23 (1987), S. 683–690, hier 688.

25 Ausschlaggebend waren Divergenzen mit der Schwesterpartei CSU bezüglich der vom Bundeskanzler überraschend angekündigten Pershing I-Abrüstung; die Opposition im Bundestag, so die Befürchtung, könnte eine Regierungserklärung dazu nutzen, einen Initiativantrag zur Pershing-Entscheidung im Bundestag einzubringen; vgl. „Weisheit am Werk“, in: „Der Spiegel“, Nr. 37 vom 7.9.1987 sowie „Kohl verzichtet auf Regierungserklärung“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 10.9.1987.

26 Vgl. Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag vom 10.9.1987 im Rahmen der Aussprache über den Bundeshaushalt 1988, in Auszügen abgedruckt in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (wie Anm. 11), S. 88–93.

27 Vgl. „Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“. Erklärung der Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag vom 15. Oktober 1987, in: *Bulletin*, Nr. 106 vom 16.10.1987, S. 909–916.

28 „Schäuble: Berlin wird an allen Schritten teilhaben“, in: „Die Welt“ vom 10.9.1987.

wicht“ gewürdigt.<sup>29</sup> Weite Passagen des Artikels widmeten sich der friedenspolitischen Relevanz der Visite vor dem Hintergrund der laufenden Abrüstungsbemühungen. Der Beitrag beider Staaten zu Frieden, Abrüstung und Entspannung – im Sinne einer „Verantwortungsgemeinschaft und Sicherheitspartnerschaft“ – wurde denn auch als „hervorstechendstes Ergebnis“ gewertet. Zugleich wurde die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Bündnissen als „unumstößliche Tatsache“ explizit betont. Der Aspekt der „Einheit der Nation“ hingegen fand keine Erwähnung, jedoch wurde klar gestellt: „... dass jegliches internationales Gerede über eine Vereinigung beider deutscher Staaten nur destabilisierend wirken kann und schädlich für das europäische Gleichgewicht ist“. Friedenssicherung sei die „Kernfrage“ im Verhältnis der beiden deutschen Staaten, „Träumereien an Kaminen“ fehl am Platze.

Nur am Rande und im Verlautbarungsstil wurden die konkret getroffenen Vereinbarungen erwähnt. Der Besuch habe gezeigt, dass die DDR zu Dialog und sachlicher Zusammenarbeit bereit sei, doch wird betont: „Dauerhaft gute Nachbarschaft erfordert die Respektierung der Realitäten.“ Während des „offiziellen Besuchs des Staatsoberhauptes der Deutschen Demokratischen Republik“ sei deutlich zum Ausdruck gebracht worden, dass man sich „wie zwischen souveränen Staaten üblich, entsprechend dem Völkerrecht, auf der Basis gegenseitiger Achtung respektieren (müsse)“. In diesem Kontext wird nicht versäumt hervorzuheben: „Die Hymne sowie das dazugehörige Zeremoniell haben das deutlich unterstrichen. Ohne Zweifel ist diese Erkenntnis während des Besuchs bei nicht wenigen Bürgern der BRD vertieft worden. Auch international fand dies gebührend Beachtung. Und das ist gut so.“

Dass es der SED-Führung vor allem darum ging, ihre Statuspositionen<sup>30</sup> durchzusetzen, lässt sich durch interne Dokumente erhärten. So hieß es im offiziellen Bericht an das Politbüro<sup>31</sup>: „Das Stattfinden des Besuches und die durchgesetzte politische und protokollarische Behandlung des Genossen Erich Honecker als Staatsoberhaupt eines souveränen Staates dokumentierten vor aller Welt Unabhängigkeit und Gleichberechtigung beider deutscher Staaten,

---

29 „Ein Erfolg der Politik der Vernunft und des Realismus“, in: „Neues Deutschland“ vom 16.9.1987, abgedruckt in: Hans-Hermann HERTLE u.a., *Der Staatsbesuch. Honecker in Bonn: Dokumente zur deutsch-deutschen Konstellation des Jahres 1987*, Berlin 1991, S. CXXV-CXXVII.

30 Verwiesen sei hier auf die Geraer Forderungen: Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Grenzkorrekturen an der Elbe, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften sowie die Schließung der Zentralen Erfassungsstelle für DDR-Unrecht in Salzgitter; beim Honecker-Besuch ging es v.a. um den Grenzverlauf, doch besaß die Staatsbürgerschaftsfrage mit Blick auf den Herrschaftsanspruch der SED zentrale Bedeutung; vgl. HERTLE (wie Anm. 29), S. 17, 38.

31 „Bericht über den offiziellen Besuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genosse Erich Honecker, in der BRD vom 7. bis 11.9.1987. Vertrauliche Verschlussache“; zit. nach HERTLE (wie Anm. 29), S. XCIII.

unterstrichen ihre Souveränität und den völkerrechtlichen Charakter ihrer Beziehungen.“ Geradezu triumphierend wurde festgestellt, damit sei „allen revanchistischen und ‚innerdeutschen‘ Bestrebungen ein schwerer Schlag versetzt“ worden. „Das konnten auch Äußerungen von Kohl und anderen über ‚Rechtspositionen‘ und zur ‚Einheit der Nation‘ nicht ändern. Es ist bedeutungsvoll, dass gerade eine CDU/CSU-geführte Regierung gezwungen war, dem Besuch und seinem Ablauf in dieser Form zuzustimmen.“

## 2.2 Veröffentlichte Meinung: Menschliche Erleichterungen zum Preis der Aufwertung der DDR

Wie stellte sich das Stimmungsbild in der deutschen Öffentlichkeit bei Bekanntgabe des Besuchs, mitten im Sommerloch, dar? Und welche Schwerpunkte setzte die Berichterstattung zum Ereignis selbst? Zunächst einmal fällt auf: Während die Besuchsankündigung in der Bundesrepublik von der Bundesregierung ausführlich erläutert und von den Medien breit kommentiert wurde, ist diese in DDR von der Nachrichtenagentur ADN lediglich knapp verkündet worden. Fernsehen und Presse enthielten sich einer Kommentierung.<sup>32</sup>

Neben der Vorgeschichte des nun für Anfang September 1987 angekündigten Honecker-Besuchs widmete die Presseberichterstattung in der Bundesrepublik vor allem den protokollarischen Einzelheiten – etwa dem Abspielen der Hymnen und den militärischen Ehrenformationen – der Visite breiten Raum.<sup>33</sup> Die Aufwertung des Protokolls gegenüber dem 1984 geplanten Besuch, der den SED- und Staatsratsvorsitzenden nicht in die Bundeshauptstadt Bonn, sondern ins rheinland-pfälzische Bad Kreuznach hatte führen sollen, wurde allgemein bereits als Erfolg Honeckers verbucht.<sup>34</sup> Vermerkt wurde in der bundesdeutschen Presse anlässlich der Besuchsankündigung auch die überwiegend positive Resonanz in der deutschen Parteienlandschaft.<sup>35</sup> Einstmals gravierende statusrechtliche Bedenken wie die bezüglich eines kaum vermeidbaren Gegenbesuchs des Kanzlers in Berlin-Ost schienen ausgeräumt.<sup>36</sup> Al-

32 Vgl. Albert HINZE, „Nach der Ankündigung schweigt Ostberlin. Vorerst kein Kommentar zur politischen Bedeutung der Reise Honeckers“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 17.7.1987.

33 Vgl. u.a. „Honecker kommt im September nach Bonn. Arbeitsbesuch – kein Staatsbesuch“, in: FAZ vom 16.7.1987 sowie „Honecker wird wie ein Staatsoberhaupt empfangen“, EBD. vom 17.7.1987.

34 Vgl. z.B. Peter Jochen WINTERS, „Mit vollem Zeremoniell“, EBD. vom 17.7.1987.

35 Skeptischere Reaktionen, v.a. bezüglich möglicher Neutralisierungstendenzen in Deutschland, waren demgegenüber im europäischen Ausland zu vernehmen, vgl. die in der FAZ im Zeitraum vom 7. bis 14.9.1987 abgedruckten Pressestimmen.

36 Demnach hatte man sich auf einen Formelkompromiss verständigt, wonach Honecker den Bundeskanzler nicht in „die Hauptstadt der DDR“, sondern zu einem zeitlich nicht näher bestimmten „Besuch in der Deutschen Demokratischen Republik“ einladen werde; vgl.



lerdings wurden auch nur begrenzte Erwartungen in den Besuch gesetzt: „Nur Illusionisten rechnen mit dem großen Durchbruch.“<sup>37</sup>

Anders als in der Bundesrepublik berichteten die DDR-Medien laut „Süddeutscher Zeitung“ über den bevorstehenden Besuch bis zuletzt nur selektiv und zumeist indirekt: „Im Wesentlichen zitierten sie, und dies stark gesiebt, westdeutsche und andere Politiker mit allgemeinen und recht ungenauen Auffassungen, wo und soweit sie mit der DDR-Politik übereinstimmten ... Der mit all dem vermittelte Tenor war: Der Besuch Honeckers könne ein Beitrag zur Schaffung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und damit zur Entspannung und zur Friedenssicherung in Europa und der ganzen Welt sein. Über die Erwartungen jedoch, über die privat in der DDR viel häufiger gesprochen wird, stand nichts zu lesen, war nichts zu hören: die beschränkten Reisemöglichkeiten, die persönlichen Menschenrechte, die Kontaktverbote, den ‚Schießbefehl‘.“<sup>38</sup>

Der im In- wie Ausland als historisches Ereignis eingestufte Besuch wurde schließlich von einem großen Medienaufgebot begleitet und von einem Millionenpublikum in Ost wie West verfolgt.<sup>39</sup> Aufmerksam wurde in der bundesdeutschen Presse auch verfolgt, wie die DDR-Medien über den Honecker-Besuch berichteten. Die Berichterstattung über die Berichterstattung hatte einen eigenen Nachrichtenwert.<sup>40</sup> Hiermit wurden jedoch durchaus ambivalente Einschätzungen verbunden: Einerseits ließ sich argumentieren, dass die ausführlichen Berichte – insbesondere aber Abdruck und Live-Sendung der Tischreden in voller Länge – der Bundesregierung erst die Möglichkeit eröffneten, ihren deutschlandpolitischen Standpunkt auch der DDR-Bevölkerung zu vermitteln: „Überall in der DDR steht nun zu lesen vom Recht auf Selbstbestimmung für das deutsche Volk, von Einheit und Freiheit Deutschlands und von der Verwerflichkeit der Gewaltanwendung gegen Wehrlose, zumal an den Grenzen der DDR; davon, dass ‚Waffen auf Dauer zum Schweigen gebracht‘ werden müssen.“<sup>41</sup> Andererseits bestand die Befürchtung, dass das in alle

---

Eghard MÖRBITZ, „Besuch Honeckers einhellig begrüßt. Kanzleramt mahnt zur Behutsamkeit“, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 17.7.1987.

37 Roderich Reifenrath, „Der Besuch“, EBD. vom 7.9.1987.

38 HINZE (wie Anm. 13).

39 Laut „Süddeutsche Zeitung“ waren fast 2.600 Medienvertreter aus 34 Ländern beim internationalen Pressezentrum, wo Bundespresseamt und DDR-Außenministerium regelmäßig über den Besuchsverlauf informierten, registriert; vgl. „Honecker trifft zum ‚Arbeitsbesuch‘ ein“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 7.9.1987.

40 Vereinzelt wurden auch die Standards der Berichterstattung kritisch hinterfragt; so kritisierte die FAZ die Berichterstattung von ARD und ZDF, die die Lebensverhältnisse in der DDR und der Bundesrepublik unterhaltsam gezeigt, jedoch in der Vergleichsperspektive unzulässig gleichgesetzt hätten; vgl. Konrad ADAM, „Die Kamera sieht nur die Oberfläche der Dinge“, in: FAZ vom 11.9.1987.

41 Ernst-Otto MAETZKE, „Ein einziges Mal zur Sache geredet“, EBD. vom 12./13.9.1987.

Wohnzimmer übertragene staatspolitische Gepränge eine Eigendynamik der Anerkennung der Zweistaatlichkeit entfalten würde. „Für die Fernsehteams der DDR ist dies der wichtigste Augenblick seit langem. Sie haben die Bildokumentation dafür mit nach Hause zu bringen, dass die DDR in Bonn als gleichwertiger Staat anerkannt ist und behandelt wird. Sie haben ihre Bilder im Kasten ...“<sup>42</sup>

Aufmerksam registrierten die Medien auch die allgemeine Atmosphäre, die zunächst als eher verkrampft und betont distanziert beschrieben wurde.<sup>43</sup> Stärker noch als für die Gemütslage des Kanzlers, dem das Abschreiten der Ehrenformation zur Begrüßung Honeckers sichtlich nicht behagte, interessierten sich die Medien für den Gast aus der DDR. Spätestens in seiner saarländischen Heimat habe dieser menschliche Regungen erkennen lassen. Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ spekulierte über Honeckers Empfindungen, war sich bezüglich seiner Motive aber sicher: „Der Erste Mann der DDR ist gekommen, um den Ertrag seiner Abgrenzungspolitik zu ernten.“<sup>44</sup> Als atmosphärisch besonders entspannt wurde schließlich der Abschluss des Honecker-Besuchs in München beschrieben, obgleich auch Ministerpräsident Strauß einige deutliche Worte zu Mauer und Schießbefehl fand.<sup>45</sup>

Ablauf und Zeremoniell des Besuchs wurden erwartungsgemäß genauestens beobachtet und kommentiert. Aufgrund der protokollarischen Ehren, die Honecker von der Bundesrepublik erwiesen wurden, entlarvte Hans Heigert die Bezeichnung als Arbeitsbesuch in der „Süddeutschen Zeitung“ als „absichtsvolle Untertreibung“<sup>46</sup>. Karl Feldmeyer schilderte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wortgewaltig die Dramaturgie des Besuchsprotokolls und sah hierin „Honeckers Triumph“ Gestalt annehmen.<sup>47</sup> Noch schärfer geißelte „Die Welt“ den Besuch als „medialpolitisches Fest“.<sup>48</sup> Der hiermit vollzogene „symbolische Akt“ markierte Günter Zehm zufolge den „Übergang von der Realpolitik zur Medialpolitik“. Die DDR könne die weltweit sichtbare Anerkennung gewissermaßen als „medialen Bonus“ unwiderruflich für sich einstreichen, wohingegen die Bundesrepublik und mit ihr die DDR-Bevölkerung lediglich darauf hoffen dürften, dass Zusagen und Vereinbarungen seitens der DDR verlässlich umgesetzt würden.

42 Karl FELDMEYER, „Und dann erklingen zur Begrüßung die beiden wortlosen Lieder von Deutschland“, in: FAZ vom 8.9.1987.

43 Helmut LOLHÖFFEL, „Innerlich bewegt, aber auf Distanz bedacht“, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 9.9.1987.

44 FELDMEYER (wie Anm. 42).

45 Vgl. Peter SCHMALZ, „Honecker – Ende einer Dienstreise“, in: „Die Welt“ vom 12.9.1987.

46 Hans HEIGERT, „Der Besuch an sich“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 7.9.1987.

47 FELDMEYER (wie Anm. 42).

48 Günter ZEHM, „Medialpolitisches Fest“, in: „Die Welt“ vom 8.9.1987; ebenso die folgenden Zitate.

Damit ist das Problem von (Vor-)Leistung und Gegenleistung im innerdeutschen Verhältnis angesprochen, das anlässlich des Honecker-Besuchs abermals kritisch diskutiert wurde.<sup>49</sup> Dass Bundesrepublik und DDR gegensätzliche Interessen verfolgten, schien auf der Hand zu liegen. „Bonn nimmt die Aufwertung des anderen deutschen Staates in Kauf zugunsten der Erleichterung, Stabilisierung und Verbesserung der innerdeutschen Verhältnisse, auch Berlins“, hieß es in der „Süddeutschen Zeitung“.<sup>50</sup> Der DDR gehe es neben der gleichberechtigten Anerkennung nicht zuletzt um „harte Devisen und westliche Technologien“.<sup>51</sup> Befürchtet wurde, dass der Bundesrepublik immer weitere finanzielle Zugeständnisse abverlangt würden: „Nun, da Bonn ihre Statuswünsche erfüllt hat, kann die DDR-Führung sich jedes weitere humanitäre Zugeständnis umso ungenierter bezahlen lassen.“<sup>52</sup> Und dennoch: Solange menschliche Erleichterungen erreicht werden konnten, hielten viele Kommentatoren die Konzentration auf das Machbare für akzeptabel.

Zielsetzungen und Ergebnisse des Besuchs wurden im ‚Gemeinsamen Kommuniqué‘ festgehalten, über das auch ausführlich berichtet wurde. Schlüsselergebnis des Honecker-Besuchs war aber zweifellos die Tischrede des Kanzlers in der Godesberger Redoute, die aufgrund ihrer klaren Sprache in der bundesdeutschen Presse weithin auf positive Resonanz stieß: „Helmut Kohls Tischrede in der Godesberger Redoute hat vieles wieder zurechtgerückt“, hieß es lobend in der „Welt“.<sup>53</sup> Selbst „Der Spiegel“ konzidierte, Kohl habe „keine Reizvokabel“<sup>54</sup> ausgelassen, wenngleich dies hier als rhetorisches Ritual interpretiert wurde. Manfred Schell hingegen wertete die Rede als „Zeugnis der Überlegenheit“: „Diese Rede war die bedeutendste, die Kohl je gehalten hat; auch die internationale Resonanz zeigt es. Sie war nicht nur deshalb so bedeutend, weil Kohl Honecker vor Fernseh-Millionen auf die Anklagebank setzte, sondern weil er damit als freigewählter Kanzler die Überlegenheit des freiheitlichen Rechtsstaats gegenüber dem wirtschaftlich wie menschlich versagenden Zwangssystem ausdrückte.“<sup>55</sup> Allseits wurde registriert, dass Honecker auf die Vorhaltungen Kohls, ja sogar seine „rhetorischen und politischen Seitenhiebe“<sup>56</sup> nicht direkt eingegangen war. Lediglich an einer Stelle war er von seinem Redemanuskript abgewichen, indem er die bekannte Formel ge-

---

49 Vgl. z.B. Klaus DREHER, „Ein Besuch, der vieles offenlässt“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 9.9.1987.

50 HEIGERT (wie Anm. 46).

51 EBD.

52 „Feuer und Wasser“, in: „Der Spiegel“, Nr. 38 vom 14.9.1987.

53 Joachim NEANDER, „Honecker nahm es hin“, in: „Die Welt“ vom 9.9.1987.

54 Vgl. Anm. 52.

55 Manfred SCHELL, „Zeugnis der Überlegenheit“, in: „Die Welt“ vom 12.9.1987.

56 Eberhard NITSCHKE, „Einigkeit darüber, das Machbare zu realisieren“, EBD. vom 9.9.1987.

brauchte: „Kapitalismus und Sozialismus sind ebenso wenig vereinbar wie Feuer und Wasser.“

Besondere Beachtung<sup>57</sup> fand außerdem die Bemerkung Honeckers im Bürgerhaus von Neunkirchen am 10. September 1987: Unter den gegebenen Bedingungen seien die Grenzen nicht so, wie sie sein sollten, aber es werde „der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern Grenzen uns vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vereint“.<sup>58</sup> Diese Äußerung, die von DDR-offizieller Seite nicht weiter kommentiert wurde, stieß in der Bundesrepublik auf widersprüchliche Resonanz. Einerseits wurde sie als „versöhnlicher Schlusspunkt“ wahrgenommen, dessen politische Zielrichtung aber völlig offen sei.<sup>59</sup> Andererseits wurde der unzulängliche Vergleich mit der so genannten ‚Freundschaftsgrenze‘ als blanker Zynismus gewertet, da es sich hierbei keineswegs um eine offene Grenze handelte; vielmehr waren aufgrund des Kriegsrechts in Polen wieder strikte Reisbeschränkungen eingeführt worden.<sup>60</sup>

Insgesamt, so der Tenor der Presseberichterstattung, hatte der Honecker-Besuch wenig Überraschendes, aber doch einige konkrete Fortschritte gebracht. Dabei war der Kampf um die Deutungsmacht nicht verborgen geblieben, so kommentierte „Der Spiegel“: „Allein die öffentliche Darstellung der jeweiligen PR-Manager erweckte den Eindruck, als seien die Gesprächspartner auf verschiedenen Veranstaltungen gewesen. Während DDR-Sprecher Wolfgang Meyer stets Frieden und Abrüstung in den Vordergrund rückte, hoben die Bonner aufs Innerdeutsche ab.“<sup>61</sup> Einig waren sich die Beobachter schließlich darin, dass aus beider Perspektiven die Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung stand.

### 2.3 Der demoskopische Befund: Deutsche Frage im Aufmerksamkeitshoch

Aus Anlass des mit großem Zeremoniell begangenen Honecker-Besuchs ist viel über die Macht der Bilder oder die „Wirkung des Augenblicks“<sup>62</sup> spekuliert worden. Wie die Bundesbürger selbst zu dem lange umstrittenen Besuch standen, lässt sich auf Grundlage von Umfragedaten zumindest partiell rekon-

57 Welche Aufregung diese Bemerkung auch unter DDR-Journalisten auslöste, ist anschaulich nachzulesen: „Augenblicke jenseits aller Pflichtübungen“, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 12.9.1987.

58 Zit. nach Albrecht HINZE, „Honeckers Äußerungen zur Grenze überwiegend positiv bewertet“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 12./13.9.1987.

59 Vgl. „Was meint Honecker mit der ‚Grenze, die uns vereinen wird‘?“, in: „Die Welt“ vom 12.9.1987.

60 Vgl. hierzu SCHELL (wie Anm. 55) sowie HINZE (wie Anm. 58).

61 Vgl. Anm. 52.

62 Vgl. Horst STEIN und Eberhard NITSCHKE, „Ein Arbeitsbesuch mit 16 Fahnen – Schwarz-Rot-Gold“, in: „Die Welt“ vom 8.9.1987.

struieren. Darüber hinaus gilt es zu erörtern, wie sich die Einstellungen zur deutschen Frage in den ausgehenden 1980er Jahren generell entwickelten. Nur so lässt sich das Meinungsbild in einen weiteren Kontext des Staats- und Nationalbewusstseins der Deutschen einordnen.

a) Das Meinungsbild zum Honecker-Besuch

Mehrere repräsentative Umfragen zu einem möglichen Besuch des SED-Generalsekretärs und DDR-Staatsratsvorsitzenden wurden von Infratest durchgeführt (im August/September 1982, 1983 sowie im August 1987).<sup>63</sup> Die Daten belegen einen Meinungswandel bezüglich des deutsch-deutschen Spitzentreffens in den 1980er Jahren, aber – wie die Meinungsforscher betonen – auch „durchgehend zwiespältige Gefühle“<sup>64</sup>. Ausschlaggebend für das gewandelte Meinungsklima erscheint die innenpolitische Konstellation in der Bundesrepublik, denn erst nach dem Regierungswechsel in Bonn wurde auch unter Unionsanhängern eine mehrheitliche Befürwortung des Honecker-Besuchs ermittelt, während die Anhängerschaft der SPD ihre zuvor schon positive Grundhaltung beibehielt.

Hatte 1982 nur jeder zweite einen eventuell bevorstehenden Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik begrüßt, so war der Anteil der Befürworter 1983 bereits auf 61 % gestiegen. Immer noch 16 % hielten einen solchen Besuch für verfrüht (1981: 20 %); 8 % lehnten ihn grundsätzlich ab (1982: 12 %). Auffallend ist, dass die Akzeptanz eines möglichen Honecker-Besuchs insbesondere unter den Unionsanhängern deutlich gestiegen war (1982: 38 %; 1983: 56 %). Die aus den Reihen der Unionsfraktion im Sommer 1984 artikulierte Ablehnung, so schlussfolgert Infratest, dürfte also nicht die Mehrheitsmeinung der eigenen Anhängerschaft widerspiegeln haben.<sup>65</sup> Jedenfalls verfestigte sich der Konsens in dieser deutschlandpolitischen Streitfrage in den folgenden Jahren weiter. So beurteilten im August 1987 schließlich Unions- wie auch SPD-Anhänger den bevorstehenden Honecker-Besuch nahezu übereinstimmend als „eher positiv“ (Union: 75 %; SPD: 74 %). Weniger als 10 % lehnten diesen grundsätzlich ab. Hierbei handelte es sich vorwiegend um ältere Befragte, die aufgrund tiefer liegender politischer Überzeugungen, oftmals gespeist aus persönlichen DDR-Erfahrungen, einen Besuch des SED-Chefs ablehnten.<sup>66</sup>

---

63 Eine für die Bundesregierung aus Anlass des Honecker-Besuchs durchgeführte, vertrauliche Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach war der Verfasserin nicht zugänglich.

64 Richard HILMER/Anne KÖHLER, *Die Wende für Honecker. Daten zur Entwicklung des Meinungsbildes der Bundesbürger über den Honecker-Besuch seit 1982*, in: Deutschland Archiv 10 (1987), S. 1084–1091, hier 1084.

65 Vgl. EBD. S. 1085.

66 Vgl. EBD.

Gleichzeitig wuchs im Vorfeld des Honecker-Besuchs das Interesse an der DDR. Laut Infratest äußerte sich im August 1987 jeder Zweite (54 %) interessiert. Ein vergleichbares Interesse war zuletzt bei der Übersiedlerwelle von 1984 ermittelt worden. In „Normalzeiten“ interessierten sich für den anderen deutschen Staat vor allem die ohnehin politisch Interessierten und Höhergebildeten sowie Bundesbürger mit verwandtschaftlichen Kontakten in die DDR.<sup>67</sup> Jetzt aber war insbesondere in den unteren Bildungsschichten sowie unter jüngeren Personen ein gesteigertes Interesse auszumachen.

**Tabelle 1: Belange, für die sich die Bundesregierung gegenüber Honecker besonders einsetzen sollte 1987 (offene Frage)**

	in % Gesamt	Anhänger der CDU/CSU	Anhänger der SPD
• Erleichterung von Westreisen für DDR-Bürger	42	42	48
• Erleichterung von DDR-Reisen für Bundesbürger	31	34	31
• Freiheit/Menschenrechte in der DDR	24	28	22
• Verbesserung der Situation Berlins/Berliner Mauer	23	29	14
• Schießbefehl/Tote an der Grenze	14	17	13
• Wiedervereinigung	12	13	9
• Friedenssicherung	9	8	9
• Abrüstung	7	4	10
• Umweltschutz	5	5	5
• Reformen in der DDR à la Gorbatschow	2	4	1
• sonstiges	17	22	15
• weiß nicht	14	11	15

Datenbasis: Infratest<sup>68</sup>

Was aber erwartete die Bevölkerung vom Honecker-Besuch? Anfang der 1980er Jahre hatte sich mit der Aussicht eines Besuchs v.a. die Erwartung konkreter Ergebnisse verbunden; besonders in den Reihen der Unionsanhänger wurden diese als Vorbedingung betrachtet. Auffallenderweise war diese Erwartungshaltung 1987 weit weniger ausgeprägt (21 %). Stattdessen betrachteten Dreiviertel der Bevölkerung schon das „Miteinander-Reden“ als Erfolg; so äußerten sich 82 % der SPD-Anhänger, aber auch 76 % der Unionsanhänger. Gleichwohl erfasste Infratest in einer offenen Befragung eine ganze Bandbreite von Erwartungen der Befragten an die Bundesregierung (vgl. Tabelle 1), die

67 Vgl. Manuela GLAAB, *Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Regierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990*, Opladen 1999, S. 305–307.

68 Vgl. HILMER/KÖHLER (wie Anm. 64), S. 1090.

sich v.a. für ganz praktische Belange im Reiseverkehr einsetzen sollte. Im Bereich von Menschenrechtsverletzungen durch das DDR-Regime sowie grundsätzlicher deutschlandpolitischer Fragen wurden demgegenüber deutlich verhaltenere Erwartungen an die Bundesregierung gerichtet.

Insgesamt lassen die Daten somit eine eher pragmatische Erwartungshaltung erkennen. Infratest folgerte daraus, „dass Deutschlandpolitik für die Bundesbürger in erster Linie eine Politik für die Menschen in der DDR ist“.<sup>69</sup> Eben auf diesem Gebiet erhoffte man sich auch primär konkrete Verbesserungen infolge des Honecker-Besuchs. Gleichzeitig war gut jeder Zweite der Meinung, dass die DDR stärker von diesem Ereignis profitieren würde als die Bundesrepublik (Union: 60 %; SPD: 51 %), wohingegen nur 8 % letztere als Gewinnerin sahen.

**Tabelle 2: Einschätzung von Honeckers Gründen, in die Bundesrepublik zu reisen 1987**

Sehr wichtig für Honecker ist ...	gesamt %	Bewertung des Honecker-Besuchs		
		positiv %	negativ %	gleichgültig %
Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten zu verbessern.	87	88	92	85
Das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten zu verbessern.	79	84	49	72
Einen Beitrag zur internationalen Entspannung und Friedenspolitik zu leisten.	70	76	37	52
Im Sinne Gorbatschows eine Öffnung gegenüber dem Westen einzuleiten.	58	63	42	45
Ein Zeichen zu setzen, dass sich auch die Lage für die Menschen in der DDR verbessern wird.	55	57	35	52
Sein persönliches Ansehen zu verbessern und von seinen inneren Schwierigkeiten abzulenken.	52	51	66	53

Datenbasis: Infratest<sup>70</sup>

Belegen lässt sich auch ein hoher Bekanntheitsgrad Erich Honeckers. Infratest konstatierte 1987 zudem eine Imagekorrektur Honeckers, da er den Daten zufolge weniger als Parteimann (14 %), sondern primär als Staatschef

<sup>69</sup> EBD. S. 1086f.

<sup>70</sup> EBD. S. 1090.

(72 %) wahrgenommen wurde.<sup>71</sup> Allerdings genoss er nur begrenzte Sympathien („eher sympathisch“: 29 %; „eher unsympathisch“ 41 %) und wurde bezüglich seiner Vertrauenswürdigkeit wie auch Friedliebe recht widersprüchlich eingeschätzt. Als durchaus realistisch erwies sich die Grundeinschätzung der Besuchsmotive (vgl. Tabelle 2): An erster Stelle wurden wirtschaftliche Interessen (87 %) genannt, was insbesondere diejenigen vermuteten, die dem Honecker-Besuch ablehnend gegenüberstanden. Deutlich skeptischer war man bezüglich seiner Absicht, die Lage für die Menschen in der DDR verbessern zu wollen (55 %). Zugleich lassen die Daten auch eine gewisse entspannungspolitische Grundeinschätzung erkennen.

Hilmer und Köhler ziehen aus den präsentierten Daten das Fazit: „Die mit dem Besuch Honeckers praktisch – nicht formell – vollzogene Anerkennung des anderen deutschen Staates durch die Regierung Kohl erscheint vielen Bundesbürgern nur deshalb akzeptabel, weil sie damit die Hoffnung verbinden, dies könnte die Voraussetzung schaffen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der DDR: Sie erwarten von der Normalisierung der Beziehungen auf der zwischenstaatlichen auch eine auf der zwischenmenschlichen Ebene“.<sup>72</sup>

Exkurs: Wie sah demgegenüber die Stimmung in der DDR aus?

An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, dass neben kursorischen Berichten der Westmedien über das Meinungsbild in der damaligen DDR<sup>73</sup> heute auch einige aufschlussreiche – gleichwohl mit quellenkritischer Vorsicht zu behandelnde – Informationen des Ministeriums für Staatssicherheit „über Reaktionen der Bevölkerung“ auf den Honecker-Besuch vorliegen. Bereits Ende Juli, nach der Besuchsankündigung, sowie im September 1987, unmittelbar

71 Die Daten beziehen sich auf diejenigen Befragten, die angaben Honecker zu kennen und richtige Angaben machen konnten; vgl. EBD. S. 1091.

72 EBD. S. 1088.

73 Zum Honecker-Besuch selbst liegen keine Repräsentativerhebungen vor; zur Problematik repräsentativer Meinungsforschung in der DDR vgl. Gerhard HERDEGEN/Martin SCHULTZ, *Einstellungen zur deutschen Einheit*, in: Werner WEIDENFELD/Karl-Rudolf KORTE (Hg.), *Handbuch zur deutschen Einheit*, Frankfurt/M. 1993, S. 252–269. Eine Sonderstellung nahmen die Erhebungen des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung sowie die im Auftrag der Bundesregierung von Infratest durchgeführten sog. „Stellvertreter-Befragungen“ ein; der unter methodischen Gesichtspunkten mit Vorsicht zu behandelnde Datenbestand ist dokumentiert in den Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, ohne jedoch die Resonanz auf den Honecker-Besuch abzubilden; vgl. Peter FÖRSTER, *Einstellungen junger Menschen in der DDR – Eine Dokumentation empirischer Untersuchungsergebnisse der Jugendforschung der DDR aus den Jahren 1966 bis 1989*, in: Deutscher Bundestag (wie Anm. 1), Bd. V.2, S. 1212–1380 sowie Anne KÖHLER, *Nationalbewusstsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage*, EBD. S. 1636–1675.



vor der anstehenden Besuchsreise, im Verlauf wie auch im Gefolge des Honecker-Besuchs dokumentierte es die im Osten beobachtete Lage.<sup>74</sup>

In allen Bevölkerungskreisen, so berichtete das MfS am 30. Juli 1987, sei die Besuchsankündigung positiv aufgenommen worden, da dies die „Fortsetzung der Politik des Dialogs“ signalisiere. Erwartungen der DDR-Bevölkerung – mutmaßlich gefördert durch „Sendungen westlicher elektronischer Medien“ – richteten sich demnach vor allem auf verbesserte Reisemöglichkeiten, aber auch auf eine bessere Versorgung mit Konsumgütern durch den Ausbau des innerdeutschen Handels.<sup>75</sup> Auch hegten demzufolge diejenigen, die Ausreiseanträge gestellt hatten, die Hoffnung auf baldige Bewilligung. Im Laufe des Besuchs schien sich aber Enttäuschung breitzumachen: „Für die einfachen Menschen komme nichts heraus“, stattdessen habe der Besuch lediglich „propagandistischen Wert“, so zitierte die Staatssicherheit Stimmen aus der Bevölkerung.

Das hier gezeichnete Bild lässt sich punktuell ergänzen durch Beobachtungen der Westmedien, die seinerzeit aus der DDR berichteten. So schilderte etwa die „Süddeutsche Zeitung“ das Stimmungsbild in der DDR unmittelbar vor dem Besuch: „Unter den Menschen in der DDR wurden all diese sicherheits- und friedenspolitischen, völkerrechtlichen und wirtschaftspolitischen Aspekte der Reise allerdings fast gar nicht diskutiert. Hier richten sich die Erwartungen vielmehr so gut wie ausschließlich auf weitere Reise-Erleichterungen.“<sup>76</sup> Zugleich sei den DDR-Bürgern wohl bewusst, dass die Gewährung weitergehender politischer Freiheitsrechte kaum als unmittelbares, sondern allenfalls langfristiges Ergebnis des Besuchs erwartet werden könnte. Anderen Blättern diene die vermutete Enttäuschung der DDR-Bürger als Argument, das Missverhältnis von Vorleistung und Gegenleistung zu kritisieren.

Inwieweit das Meinungsbild in der DDR-Bevölkerung damit zuverlässig erfasst wurde, bleibt angesichts fehlender repräsentativer Umfragedaten fraglich. Eindeutig spiegeln die Stasi-Berichte aber das Misstrauen der Oberen gegenüber der eigenen Bevölkerung wider. Unter SED-Mitgliedern und Funktionären wuchsen im Sommer 1987 laut MfS die Bedenken hinsichtlich der ‚ide-

---

74 Vgl. SUCKUT (wie Anm. 6) sowie einen Abdruck der im Folgenden zitierten Quellen: „Hinweise zu ersten Reaktionen der Bevölkerung der DDR“ im Zusammenhang mit dem angekündigten Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik. Vorgelegt von der ZAIG des MfS am 30.7.1987“, in: Detlef NAKATH/Gerd-Rüdiger STEPHAN, *Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987*, Berlin 1995, S. 319–322 sowie „Zusammenfassende ‚Hinweise zu Reaktionen der Bevölkerung‘ auf den Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik. Vorgelegt von der ZAIG des MfS am 16.9.1987“ (in Auszügen), EBD.

75 Ersteres berichtete auch die bundesdeutsche Presse, vgl. „Die Bevölkerung in der DDR hofft vor allem auf Reiseerleichterungen“, in: FAZ vom 17.7.1987.

76 HINZE (wie Anm. 13).

ologischen Standfestigkeit' der DDR-Bürger. Es seien Zweifel geäußert worden, ob der „Bewusstseinsstand der DDR-Bevölkerung“ bereits hinreichend gefestigt sei, so dass intensivierete Westkontakte ohne „ideologische Einbrüche“ möglich wären. Aus den Berichten spricht aber auch eine gehörige Skepsis gegenüber dem von der SED-Führung eingeschlagenen Kurs. Nicht zuletzt die Übertragung der Tischrede Kohls wurde von vornherein kritisch gesehen. Da sich der Kanzler zum „Sprecher auch der DDR-Bevölkerung“<sup>77</sup> gemacht hatte, sah man die Befürchtungen dann auch bestätigt: Insbesondere unter Jugendlichen habe Kohls Rede „illusionäre Vorstellungen“ auch zur „sogenannten Wiedervereinigungsproblematik“ hervorgerufen. Schließlich berichtete das MfS von Verärgerung unter SED-Mitgliedern und Funktionären, dass Honecker auf die „Provokation“ durch die Tischrede nicht expliziter reagiert, sondern am vorbereiteten Redemanuskript festgehalten hatte.

#### b) Einstellungen zur deutschen Frage

Dass der Honecker-Besuch das – ansonsten eher verhaltene – Interesse der Bundesbürger an der DDR kurzfristig steigerte, erscheint angesichts des medialen Aufgebots nicht weiter verwunderlich. Aber wie ist dieses Ereignis einzuordnen in die längerfristige Einstellungsentwicklung zur deutschen Frage? Wie stand es um das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen? Wurde der von der Bundesregierung betonte fundamentale Dissens zur Frage der Nation auch von der Bevölkerung wahrgenommen? Einige ausgewählte Befunde aus dem umfangreichen Datenbestand<sup>78</sup> sollen dazu Aufschluss liefern.<sup>79</sup> Im Folgenden konzentriert sich der Beitrag auf drei Aspekte: 1. die Haltung der Bundesbürger zur Wiedervereinigung, 2. das Bewusstsein von den „zwei Staaten einer Nation“, 3. die Einstellungen zur DDR.

1. Bekannt und dennoch notwendig zu erwähnen ist zunächst, dass die Wiedervereinigung von den Bundesbürgern stets befürwortet, aber kaum mehr für realisierbar gehalten wurde. Der Wunsch nach Wiedervereinigung wurde noch in den 1980er Jahren von der großen Mehrheit der Bundesbürger bestätigt. Das Zustimmungsniveau war zwar tendenziell rückläufig, bewegte sich aber seit den 1970er Jahren konstant um die 80 %. Abweichend von anderen Meinungsforschungsinstituten ermittelte das Institut für Demoskopie Allensbach in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine deutlich zurückhaltendere Einstel-

77 SUKUTH (wie Anm. 6), S. 856.

78 Vgl. GLAAB (wie Anm. 67).

79 Besondere Erwähnung verdient aufgrund der zeitlichen Nähe zum Honecker-Besuch die von Infratest im Auftrag von „Die Welt“ im April/Mai 1987 durchgeführte Repräsentativerhebung; vgl. Infratest Kommunikationsforschung/„Die Welt“: *„Die Deutschen und ihr Vaterland“*, München/Bonn 1987.

lung zur Wiedervereinigung. Doch auch in dessen Erhebungen stimmten dieser im Durchschnitt knapp zwei Drittel (64 %) der Befragten zu.<sup>80</sup>

Diese weitgehende Stabilität des Wiedervereinigungswunsches ist als erster Hinweis darauf zu werten, dass es sich hier um eine Grundüberzeugung der Bundesbürger handelte, die unbeschadet der langen Dauer der Teilung im Kern bewahrt blieb. So sprach sich auch die große Mehrheit für die Beibehaltung des grundgesetzlich verankerten Wiedervereinigungsgebots aus. Nur ein geringer, tendenziell allerdings steigender Prozentsatz der Bevölkerung lehnte die Wiedervereinigung grundsätzlich ab. Eine deutlich skeptischere Haltung als in der Gesamtbevölkerung wurde im Verlauf der 1980er Jahre zudem in der jungen Generation ermittelt (vgl. Tabelle 3).

**Tabelle 3: Wiedervereinigungswunsch der jungen Generation 1981 bis 1990 (Angaben in Prozent)**

	1981 14–21 J.	1984 14–29 J.	1985 14–21 J.	1987 14–29 J.	1990 14–21 J.
Dafür	59	67	57	67	67
Dagegen	11	7	13	8	15
Gleichgültig	30	25	30	25	18
Keine Angaben	1	1	0	0	–

Datenbasis: Infratest<sup>81</sup>

Als unerträglicher Zustand, wie noch in der Adenauer-Ära, wurde die Teilung ohnehin nur noch von einer Minderheit empfunden. Weitestgehende Einigkeit bestand vielmehr darin, dass mit einer Wiedervereinigung auf absehbare Zeit nicht zu rechnen war. Nur durchschnittlich sieben Prozent der in den 1980er Jahren Befragten glaubten überhaupt noch daran, dass es zu einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommen könnte.<sup>82</sup> Deutschlandpolitische Themen fristeten lediglich ein Schattendasein auf der politischen Prioritätenskala der Bundesbürger – daran änderte bis auf Weiteres auch der Honecker-Besuch nichts.

2. Es ist hervorzuheben, dass sich in den Einstellungsdaten der Langzeitrend einer allmählichen Normalisierung des Sonderverhältnisses der „zwei Staaten, einer Nation“ abzeichnete. Vorweg ist zu betonen: Die Meinungsforschung ermittelte durchaus disparate Ergebnisse zur Frage nach der Einheit der Nation, was auch auf die Schwierigkeit verweist, einen solch komplexen

<sup>80</sup> Die Frageformulierung lautete: „Mal ganz allgemein gefragt: Sind Sie für oder gegen eine deutsche Wiedervereinigung?“; vgl. GLAAB (wie Anm. 67), S. 130.

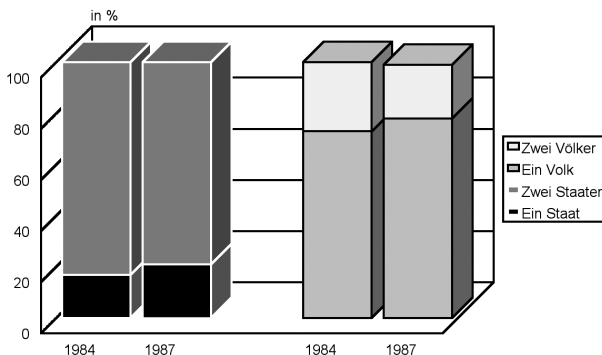
<sup>81</sup> EBD. S. 134.

<sup>82</sup> EBD. S. 138–145.

Sachverhalt demoskopisch abzufragen.<sup>83</sup> Brüche im Bewusstsein von der Einheit der Nation traten nach der Datenlage immer dann stärker hervor, wenn nach der Zusammengehörigkeit der beiden Staaten statt der Menschen gefragt wurde.

Markant ist der Befund von EMNID zu der Frage: „Würden Sie sagen, dass die DDR und die Bundesrepublik eine deutsche Nation darstellen, oder würden Sie sagen, dass beide Staaten nicht einer deutschen Nation angehören?“ Demnach hatte sich das Bewusstsein der Westdeutschen innerhalb eines Jahrzehnts grundlegend gewandelt. Während 1974 noch die große Mehrheit (70 %) an der Vorstellung von einer deutschen Nation festhielt, äußerten dies 1984 noch 42 %. Stattdessen bekannte sich mehr als die Hälfte der Befragten zu der Ansicht, dass die beiden deutschen Staaten keiner gemeinsamen Nation angehörten.

Wichtig ist dabei jedoch die Differenzierung zwischen den Staaten einerseits und den Menschen andererseits: Während nämlich die DDR zunehmend als eigenständiger Staat betrachtet wurde, hielt die Mehrheit an der Vorstellung von der Zusammengehörigkeit der Deutschen fest. Für die 1980er Jahre lässt sich dies anhand zweier Infratest-Erhebungen illustrieren: Die Wahrnehmung der Westdeutschen war bestimmt von der Existenz zweier Staaten (1984: 83 %; 1987: 79 %). Beinahe ebenso verbreitet war aber die Auffassung, dass die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR ein Volk bildeten (1984: 73 %; 1987: 78 %; vgl. Grafik 1<sup>84</sup>;<sup>85</sup>



Datenbasis: Erstellt aus Daten von Infratest

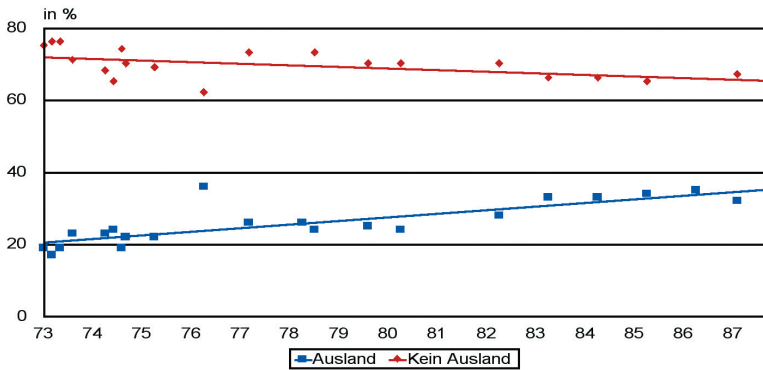
83 Zu den variierenden Frageinstrumenten vgl. EBD. S. 89f.

84 Quelle: EBD. S. 93.

85 Die Frageformulierung lautete: „Ich lese Ihnen jetzt einige Begriffe vor, die zum Teil etwas unscharf sind und unter denen nicht jeder das gleiche versteht. Dennoch möchte ich Sie bitten, mir zu sagen, was Sie darüber denken. Sind die Deutschen in der Bundesrepublik und die Deutschen in der DDR für Sie ein Volk oder zwei Völker?“ „Und sind die Bundesrepublik und die DDR ein Staat oder zwei Staaten?“; zit. nach EBD. S. 90.

Gleichzeitig vertrat die große Mehrheit der Bundesbürger den Standpunkt, dass die DDR kein Ausland sei. Allerdings erwies sich diese Auffassung im Erhebungszeitraum von 1973 bis 1987 als deutlich rückläufig. So stieg der Anteil derjenigen, welche die DDR als Ausland betrachteten, auf etwa ein Drittel an. Zum Zeitpunkt des Honecker-Besuchs rückte das Sonderverhältnis von Bundesrepublik und DDR zumindest in Teilen, vor allem der jüngeren Bevölkerung bereits aus dem Bewusstsein (vgl. Grafik 2<sup>86</sup>).<sup>87</sup>

### Wahrnehmung der DDR als Ausland



Datenbasis: Erstellt aus Daten von Infas und Infratest

Das aus den Daten ablesbare Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen ist – das soll hier nicht unerwähnt bleiben – jedoch vorsichtig einzuschätzen. So betrachtete mehr als die Hälfte der Bundesbürger (laut der schon zitierten Infratest-Erhebung vom April/Mai 1987) die Menschen im anderen Teil Deutschlands gleichermaßen als Deutsche, an deren Leben zwar Interesse, zu denen aber wenig persönliche Beziehungen bestanden. Es überwog somit ein eher diffuses Gefühl der Verbundenheit. Eng verbunden fühlten sich immer noch 40 % der Befragten. Nur eine Minderheit empfand Gleichgültigkeit (3 %) oder gar Fremdheit (4 %) gegenüber „Bürgern eines anderen Staates“. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass persönliche Kontakte nicht nur

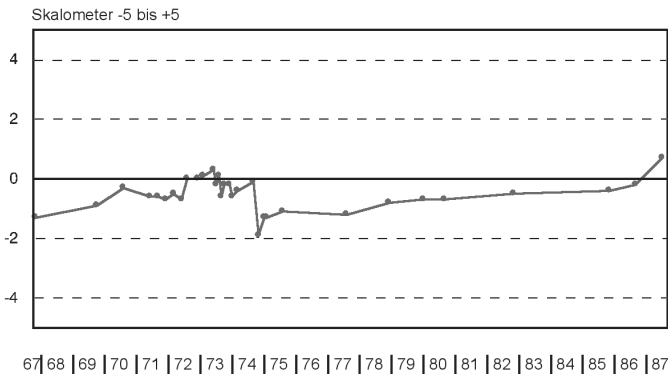
<sup>86</sup> Quelle: EBD. S. 339.

<sup>87</sup> Der Befund ließe sich ergänzen durch Umfragedaten aus den 1980er Jahren zur Frage des Selbstbestimmungsrechts und einer DDR-Staatsbürgerschaft, die eine ähnliche Tendenz belegen; vgl. EBD. S. 102–105.

das Interesse an deutschlandpolitischen Fragen und der Entwicklung in der DDR steigerten, sondern nachweislich auch zum Bewusstsein der Zusammengehörigkeit der Deutschen beitrugen. Die Relevanz der Begegnungen und Reismöglichkeiten, die seit Anfang der 1970er Jahre wieder ermöglicht und in den 1980er Jahren deutlich erweitert wurden, wird hierdurch unterstrichen.

3. In den 1980er Jahren war eine Tendenz zu Korrekturen am Negativbild von der DDR zu verzeichnen, die auch den Kernbereich der Systemmerkmale betraf. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Grundeinstellung der Bundesbürger gegenüber der DDR auch nach Aufnahme innerdeutscher Beziehungen von Abwehr und Distanzgefühlen geprägt war. Über eine Zeitspanne von zwei Jahrzehnten fragten die beiden Meinungsforschungsinstitute Infas und Infratest nach, wie sympathisch oder unsympathisch die DDR den Westdeutschen erschien. Den Befragten wurde jeweils ein 11-stufiges Skalometer vorgelegt, auf dem sie die DDR und seit 1977 auch verschiedene andere Staaten nach dem Grad ihrer Sympathie einstufen sollten. Der Wert -5 entspricht dabei der stärksten Abneigung, während der Wert +5 für die positivste Einschätzung steht. Die Entwicklung des Sympathiespiegels der DDR ist in Grafik 3<sup>88</sup> abgebildet.<sup>89</sup>

Sympathiespiegel der DDR



Datenbasis: Erstellt aus Daten von Infas u. Infratest

<sup>88</sup> Quelle: EBD, S. 339.

<sup>89</sup> Auf Assoziationstests gestützte Indexberechnungen belegen darüber hinaus, dass die Negativposition der DDR auf der Sympathieskala primär auf die Bewertung ihres politischen Systems zurückzuführen ist; vgl. ausführlich EBD, S. 342–344.

Der Kurvenverlauf zeigt fast durchgängig eine negative Sympathiebilanz der DDR, umso mehr sticht der zuletzt ermittelte Sympathiewert hervor. Nach dem dramatischen Sympathieeinbruch vom September 1974, erinnert sei an die Guillaume-Affäre und den Rücktritt von Bundeskanzler Willy Brandt, und der allmählichen Erholung im Laufe der 1980er Jahre, wurde im Herbst 1987 mit + 0,7 Punkten der höchste Sympathiewert seit Beginn der Erhebungen gemessen.

Die vorliegenden Daten liefern eine ganze Reihe von Anhaltspunkten dafür, dass Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen in den 1980er Jahren, aber auch die deutschlandpolitischen Impulse des Honecker-Besuchs, auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik ausstrahlten. Zwar wurden die Verhältnisse in der DDR nach wie vor als Kontrast zu den eigenen, als vorteilhaft eingestuften Lebensbedingungen empfunden.<sup>90</sup> Abgesehen von der ökonomischen Situation betraf dies auch und vor allem die persönlichen und politischen Freiheitsrechte. Es bestanden also weiterhin erhebliche Vorbehalte gegen das politische System der DDR – im Unterschied zu Land und Leuten. Dennoch lässt sich für die zweite Hälfte der 1980er Jahre klar die Tendenz zu Korrekturen am Negativbild des SED-Systems feststellen. Die Situation im Bereich der gesellschaftlichen Freiheiten und politischen Grundrechte erschien insgesamt in deutlich positiverem Licht. Eine Infratest-Umfrage vermag diesen Befund zu illustrieren. Unter direkter Bezugnahme auf den Freiheitsaspekt fragten die Meinungsforscher: „Haben Sie insgesamt den Eindruck, dass die DDR-Bürger heute freier leben als vor zehn Jahren, weniger frei, oder hat sich da ihrer Meinung nach nichts geändert?“ Die Mehrheit der Befragten ging demnach von Liberalisierungstendenzen in der DDR aus. Im April/Mai 1987 waren 51 % der Meinung, die Menschen in der DDR lebten heute „freier als vor zehn Jahren“. Mehr als ein Drittel glaubte, es habe sich „nichts geändert“. Nur 4 % stellten eine Verschlechterung fest. Nur angemerkt sei, dass der Kenntnisstand der Bundesbürger über die konkreten Verhältnisse in der DDR als eher begrenzt einzuschätzen ist, sofern sie nicht über persönliche Kontakte oder Reiseeindrücke verfügten.

### 3. Fazit: „Vorhang zu“ – Deutsche Frage offen

Die Umfragen von 1987 bilden als Momentaufnahmen die besondere Konstellation im Besuchsjahr ab – der Honecker-Besuch rückte die Deutschlandpolitik nicht nur in den Mittelpunkt des öffentlichen, sondern auch des demoskopischen Interesses. Gleichwohl treten in der Längsschnittperspektive deutliche Akzent-

---

<sup>90</sup> Nur in wenigen, vorwiegend sozialen Bereichen schnitt die DDR in den Augen der Bundesbürger besser ab, etwa im Bereich der Sportförderung oder der Kinder- und Jugendbetreuung; zu den Vergleichsprofilen der Jahre 1969, 1972 und 1987 vgl. EBD. S. 344–351.

verlagerungen in den Einstellungen zur deutschen Frage hervor. Das Sonderverhältnis der beiden deutschen Staaten verblasste in der Wahrnehmung der Bundesbürger, auch wenn sie das Wiedervereinigungsgebot weiterhin mehrheitlich befürworteten. Zur allgemein positiveren Einschätzung der DDR dürften die praktischen Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen, vor allem der intensiverte Reise- und Besucherverkehr, wesentlich beigetragen haben. So wuchs im Verlauf der 1980er Jahre auch die Zufriedenheit mit der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung, nach einer deutlichen Ernüchterung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre und der ‚neuen Eiszeit‘ zu Beginn des Jahrzehnts. Als weiterer Erklärungsfaktor ist mithin die Entspannung des Ost-West-Verhältnisses nach dem Amtsantritt Michail Gorbatschows unbedingt zu berücksichtigen. Nicht allein die DDR, auch andere sozialistische Staaten konnten in diesem Klima Sympathie- und Ansehensgewinne verbuchen.

Der Honecker-Besuch wurde von zeitgenössischen Beobachtern als Einschnitt interpretiert, da hierdurch eine neue Qualität im innerdeutschen Verhältnis erreicht worden sei. Einerseits fand das Zustimmung, da nur auf dem Wege der Kooperation mit der DDR weitere menschliche Erleichterungen zu erreichen waren. Andererseits wurde die Symbolwirkung des Besuchs kritisiert, also die Aufwertung des SED-System und der Eigenstaatlichkeit der DDR. Nachdem die Grundsatzpositionen zu Statusfragen von beiden Seiten unverändert aufrechterhalten wurden, könnte man auch sagen: Die deutsche Frage blieb nach dem Honecker-Besuch offen, doch ebenso blieb unklar, ob und wie sie dereinst gelöst werden könnte.<sup>91</sup> Der Bundeskanzler selbst formulierte am Ende seiner Tischrede einen optimistisch gefärbten, aber doch unbestimmten Ausblick: „Niemand von uns weiß, was der beständige Wandel der Zeit und der Umstände uns und den nachfolgenden Generationen bringen wird. Aber eines ist sicher: Solchen Wandel wird es auch in Deutschland weiter geben.“

Aus heutiger Sicht steht fest: Die eigentliche Zäsur in den innerdeutschen Beziehungen stand erst noch bevor. So lässt sich der Honecker-Besuch denn auch als kurzfristiger Prestigeerfolg der DDR bewerten, der die prekäre innere wie äußere Lage der DDR nur vorübergehend verdecken konnte.<sup>92</sup> Dass nur zwei Jahre später die ‚friedliche Revolution‘ den Prozess der deutschen Einigung einleiten sollte, lag im September 1987 noch außerhalb der Vorstellungswelt. Der Dramatiker Friedrich Dürrenmatt war jedenfalls nicht der Einzige, der mit seiner Bemerkung falsch lag, beim Honecker-Besuch habe man der ‚inszenierten Beerdigung der deutschen Wiedervereinigung‘ beigewohnt.<sup>93</sup>

91 Vgl. HERTLE u.a. (wie Anm. 29), S. 22.

92 Hermann WENTKER, *Äußerer Prestigegewinn und innere Zwänge. Zum Zusammenhang von Außen- und Innenpolitik in den letzten Jahren der DDR*, in: Deutschland Archiv 40 (2007), S. 999–1006.

93 Zit. nach REXIN (wie Anm. 2), S. 24.